

Einfach wird es mit keinem von beiden

Dramatische Folgen für das Verhältnis zu Deutschland sind von der Wahl nicht zu erwarten

VON RALF JOAS

Auch in Berlin wird der Ausgang der Präsidentschaftswahl mit Spannung erwartet. Aber egal wer künftig im Elysée-Palast regieren wird: Frei von Spannungen wird das deutsch-französische Verhältnis nicht sein.

„Merkozy“ – das war einmal. Noch vor einigen Monaten schien es, als seien Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy politisch ein Herz und eine Seele. Der Präsident lobte das deutsche (Wirtschafts-)Modell über den grünen Klee, die Kanzlerin dankte für die Blumen, indem sie sich weigerte, den sozialistischen Kandidaten François Hollande zu empfangen. Der hat in Berlin mit der Ankündigung für Aufregung gesorgt, als Wahlsieger den gerade erst beschlossenen, Deutschland so wichtigen EU-Fiskalpakt und die darin vorgesehene Schuldenbremse neu verhandeln, zumindest ergänzen zu wollen.

Aber inzwischen hat Sarkozy längst auf Wahlkampf-Modus umgeschaltet, und da wird auf deutsche Positionen und Empfindlichkeiten wenig Rücksicht genommen. Stattdessen stellt Sarkozy wahlweise das Schengen-Abkommen, das das freie Reisen in Europa garantiert, in Frage, droht mit einer Blockade-Politik des „leeren Stuhls“ oder bringt eine neue, stärker auf Wachstum zielende Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) ins Spiel. All das löst in Berlin keine Begeisterung aus.

Aus deutscher Sicht mache es keinen Unterschied, wer künftiger Präsi-

dent werde, rät Henrik Uterwedde zur Gelassenheit. „Das wird keine dramatischen Auswirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen haben“, ist der stellvertretende Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (DFI) überzeugt. So oder so werde man sich rasch den anstehenden Sachthemen widmen, von den jüngsten, auch parteipolitisch motivierten „Scharmützeln“ werde nichts zurückbleiben. Gleichwohl sei Merkels offensive Parteinarbeit für Sarkozy, die

weder ihr noch ihm einen Vorteil gewesen habe, „unnötig wie ein Kropf“ gewesen. Offenbar dämmerte es auch auch Merkels Umfeld, dass ein Boykott von François Hollande politisch schädlich sein könnte. Jedenfalls wurden – in aller Diskretion – im Februar zwei Mitglieder aus Hollandes Wahlkampfteam in der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung empfangen.

Wie die Wahl auch ausgeht: Der neue Präsident wird sich einer un-

komfortablen Situation gegenübersehen, die auch Auswirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis haben wird. Er muss dringend die desolaten Staatsfinanzen in Ordnung bringen, was mit massiven und schmerzhaften Einsparungen einhergehen würde. Zugleich wird dem neuen Präsidenten eine Öffentlichkeit im Nacken sitzen, die Wachstum und Arbeitsplätze fordert und bisher keine Neigung zeigt, durchgreifende Reformen mitzutragen. Soll beispielsweise, wie von Sarkozy und Hollande angekündigt, die Neuverschuldung Frankreichs bis 2016 beziehungsweise 2017 auf Null heruntergefahren werden, müssten schätzungsweise 100 Milliarden Euro eingespart werden. Das sei ein „fast unvorstellbarer Kraftakt“, urteilt Henrik Uterwedde und verweist auf die Widerstände, die Sarkozy überwinden musste, um sein Sparpaket von „nur“ 20 Milliarden Euro umzusetzen.

Der nächste Präsident muss also das Kunststück vollbringen, die riesigen Haushaltsprobleme zu lösen, ohne das Wachstum zu vernachlässigen. Deshalb pochen sowohl Sarkozy als auch Hollande – wenn auch in unterschiedlichem Tonfall – darauf, dass sich die EU-Währungsunion nicht auf den Fiskalpakt und strenge Haushaltsvorgaben beschränken darf. „Da muss Wachstum her“, beschreibt Henrik Uterwedde die französische Sichtweise, die mit der eher auf Sparen und Konsolidierung konzentrierten deutschen Position kollidiert.

Solchen Unterschieden zum Trotz sind sich die Verantwortlichen in Berlin und Paris gleichermaßen bewusst, dass in Europa ohne die

deutsch-französische Zusammenarbeit nichts vorangeht. Den eindrucksvollsten Beleg hierfür liefert(e) die Schulden- und Wirtschaftskrise. Zumal sich nirgendwo alternative Bündnisse abzeichnen: Krisenländer wie Spanien oder Italien fallen vorerst aus, Großbritannien hat sich unter David Cameron selbst ins Abseits manövriert.

Aber wäre eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen der konservativen Kanzlerin und dem als Favorit in die Abstimmung gehenden Sozialisten François Hollande überhaupt denkbar? Die Vergangenheit hat gezeigt, dass parteipolitische Differenzen im deutsch-französischen Verhältnis nur eine untergeordnete Rolle spielen. So konnten der SPD-Kanzler Helmut Schmidt und der liberal-konservative Valéry Giscard d'Estaing ebenso gut miteinander wie der Sozialist François Mitterrand und CDU-Regierungschef Helmut Kohl. Zudem sei der pragmatische, eher abwägende Hollande von seiner Persönlichkeit her „sehr Merkelkompatibel“, sieht Henrik Uterwedde auf dieser Ebene keine großen Probleme. Auch auf einigen politischen Feldern tun sich durchaus Gemeinsamkeiten auf: In der Energiepolitik etwa steht Hollande, der die große Abhängigkeit seines Landes von der Atomkraft zumindest mindern will, der deutschen Energiewende näher als Sarkozy, der unverdrossen auf Kernenergie setzt.

Sarkozy hin, Hollande her: Ein „einfacher Partner“ für Deutschland werde Frankreich so oder so nicht, sagt Henrik Uterwedde voraus – „aber das ist nichts Neues“.



Innig: Wie hier beim EU-Gipfel Anfang März demonstrierten Angela Merkel und Nicolas Sarkozy bis vor wenigen Wochen ihre Verbundenheit. Inzwischen hat die Harmonie spürbar nachgelassen.

FOTO: RTR